

Kiel, 22. Januar 2016

Nr.: 01 /2016

Aus dem Landtag (39. Tagung, 20. bis 23. Januar 2016)

Null Toleranz bei sexualisierter Gewalt

Volle Transparenz über die Umstände und den Tathergang bei den Übergriffen am Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht forderte der SPD-Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner im Landtag. Er stellte klar, es werde nicht verschwiegen, dass unter den Tätern viele Asylbewerber gewesen seien, und machte deutlich, „dass wir solches Verhalten nicht dulden“. Das sei auch eine humanitäre Verpflichtung gegenüber den Flüchtlingen, die hier Schutz suchten und friedlich leben wollten. Ministerpräsident Torsten Albig sagte, Straftäter müssten zur Rechenschaft gezogen und abgeschoben werden. Einigkeit herrschte in der Einschätzung, dass die Vorfälle nicht politisch instrumentalisiert werden dürften; das gebe nur den Rechtsextremisten und Rechtspopulisten Aufwind. Das Thema „Null Toleranz bei sexualisierter Gewalt“ war auf Antrag der Koalitionsfraktionen auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Flüchtlinge dürften jetzt nicht unter Generalverdacht gestellt werden, so Albig im Landtag. „Eine kleine kriminelle Minderheit wird uns nicht davon abhalten, am großen Ziel Integration zu arbeiten.“

Stegner machte deutlich, dass man nur in wenigen Bereichen neue Gesetze brauche, „aber ausreichend Polizei“. Taten wie in Köln könnten nicht mit der Verschärfung des Ausweisungsrechts verhindert werden, bestätigte auch Innenminister Stefan Studt. Er sagte, man müsse im Vollzug besser werden, um straffällige Ausländer zu identifizieren und in die Herkunftsländer zurückzuschicken.

Ralf Stegner wies darauf hin, dass Bundesjustizminister Heiko Maas bereits im vorigen Jahr einen Entwurf zur Verschärfung des Sexualstrafrechts vorgelegt habe, der von der CDU blockiert worden sei, weil es „um deutsche Ehemänner ging und noch nicht um Flüchtlinge“. Nun werde die Verschärfung immerhin mitgetragen.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Am schlimmsten sei, dass die Ereignisse von Köln geradezu zum Freudenfest für die politische Rechte in Deutschland geworden seien. „Rechtspopulisten und Rechtsextreme hetzen, spielen mit den Ängsten der Menschen und versuchen mit vermeintlich einfachen Antworten auf Stimmenfang zu gehen“, so Stegner. Die SPD setze dagegen: Haltung bewahren und die Gesellschaft zusammenhalten „gegen Hetzer und rechte Brandstifter, die gerade die Welle der Verunsicherung und Empörung reiten“.

Bei Medienberichten fällt auf, dass jeder – auch vermeintliche – Übergriff, jede Straftat eines Flüchtlings oder Zuwanderers groß thematisiert wird, aber die Tatsache, dass alle paar Tage Brandanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte verübt werden, wird nicht erwähnt. Zudem berichtet das LKA über haufenweise falsche Beschuldigungen und Gerüchte über angebliche Übergriffe/Straftaten von Zuwanderern.

Wichtig ist demgegenüber, die Flüchtlinge, die in Deutschland bleiben können, gut zu integrieren. Stegner hob hervor, dass die SPD Politik für alle Menschen im Land mache, nicht nur für Geflüchtete, und sich auch um Alltagsprobleme kümmere. AfD und andere rechte Parteien dagegen wollten die Gesellschaft spalten nach dem Motto: Seht mal, was die ausländischen Männer mit unseren deutschen Frauen tun. Doch gesellschaftlicher Zusammenhalt funktioniert nur mit Solidarität und nicht mit Ausgrenzung. Deshalb wird die SPD gegen Rechts mobilisieren und ihre klare Haltung hervorheben: Wer Schutz sucht, ist willkommen, wer Straftaten begeht, wird mit aller Härte des Rechtsstaats verfolgt.

Die Rede von Ralf Stegner: <http://www.spd.ltsh.de/presse/der-staat-muss-konsequent-handeln>

Die Rede des Ministerpräsidenten: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/l_startseite/Artikel/160120_MP_Landtagsdebatte_sexualisierte_Gewalt.html

Wohnungseinbruchsdiebstahl

Um die Bekämpfung der Einbruchskriminalität ging es in einem weiteren Tagesordnungspunkt. Die Landesregierung hat auf die – auch vor dem Hintergrund der hohen Flüchtlingszahlen –

wachsende Aufgabenlast der Polizei bereits reagiert: In den nächsten Jahren würden 400 Polizisten zusätzlich eingestellt, und schon in diesem Jahr seien 200 zusätzliche Stellen für Polizeibeamtinnen und –beamte, die ihre Dienstzeit verlängern oder aus dem Ruhestand zurückkehren wollten, geschaffen worden, erläuterte Innenminister Stefan Studt im Landtag. Im Gegensatz zu CDU und FDP, die während ihrer Regierungszeit Polizeistellen abgebaut haben, hat die Küstenkoalition in vier Jahren 350 neue Stellen geschaffen. Die Landespolizei kooperiere zudem eng mit der Hamburger Polizei. Die Landesregierung wird noch in diesem Jahr mehr Stellen für Staatsanwälte schaffen, um die Verfahren zu beschleunigen.

Die polizeipolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Simone Lange, führte aus, dass es immer wieder „Wellen“ steigender Einbruchskriminalität gegeben habe. Jedes mal habe, wie auch derzeit, die Opposition die Gründe in der mangelnden Polizeipräsenz gesehen und mehr Polizeistellen gefordert. Die geringe Aufklärungsquote sei nicht einem Mangel an Polizisten geschuldet, sondern habe andere Gründe, so die ehemalige Kriminalbeamtin Simone Lange: Die meisten Straftaten würden durch Hinweise der Opfer oder von Zeugen aufgeklärt. „In der Regel gibt es bei Wohnungseinbruchsdiebstahl aber keine Zeugen, Tatortspuren sind ebenfalls kaum vorhanden, weil die Täterinnen und Täter entsprechende Vorkehrungen treffen, keine Spuren zu hinterlassen. Arbeiten die Täter überregional und in bandenmäßigen Strukturen, kann ich auch im Nachhinein keine Hinweise im näheren Umfeld finden.“

Aber dort, wo sich Projekte mit den örtlichen sozialen Strukturen direkt auseinandersetzen, stiegen nachweislich die Aufklärungsquote und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Lange berief sich auf internationale Studien, die ergaben, dass das Sicherheitsempfinden der sich nicht passend zum objektiven Tatgeschehen entwickle; es sei meist dort am geringsten, wo Kriminalitätsraten am niedrigsten sind, sei aber zum Beispiel in städtischen Ballungsgebieten mit etwas höherer Kriminalitätsrate wiederum höher. Für dieses Paradox sei schwer eine Erklärung zu finden.

Die Behauptung des CDU-Fraktionsvorsitzenden, die Zahl der Wohnungseinbrüche sei 2015 um 50 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen, ist falsch; die Steigerung beträgt rund 15 %. Der Vorwurf der CDU, die Landesregierung verschweige die Straffälligkeit von Zuwanderern, zielt eher auf Ressentiments gegen bestimmte Gruppen, als dass er der Wahrheit entspricht. Eine

Analyse des BKA hat ergeben, dass ca. 28 Prozent der Täter überregional agierende Einbrecher sind, jedoch fast 32 Prozent der Einbrüche auf das Konto von Drogenabhängigen gehen. Auch in Schleswig-Holstein ist die Anzahl der Drogendelikte im vergangenen Jahr nicht unerheblich gestiegen; somit hat vermutlich auch die Beschaffungskriminalität zum Anstieg der Wohnungseinbrüche beigetragen.

Die Rede von Simone Lange im Landtag: <http://www.spd.ltsh.de/presse/mit-fakten-aufkl-ren-statt-mythen-verbreiten>

Kurz berichtet

Der Landtag hat das **Gesetz über die Lehrkräftebesoldung** verabschiedet (siehe dazu: <http://www.spd.ltsh.de/newsletter/newsletter-082015>). Damit erhalten alle neuen Lehrkräfte an weiterführenden Schulen das Einstiegsgehalt A 13, und für frühere Hauptschullehrerinnen und -lehrer, die an Gemeinschaftsschulen unterrichten, wird der Wechsel von A 12 nach A 13 ermöglicht. Rund 2.400 Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen haben nun die Chance, das Gleiche zu verdienen wie ihre Kolleginnen und Kollegen, die eine Ausbildung zur Realschullehrkraft haben.

Das **Gesetz über Sonn- und Feiertage** wurde dahingehend geändert, dass am Volkstrauertag und am Totensonntag von 6 bis 20 Uhr (bisher: 4 bis 24 Uhr) alle öffentlichen Veranstaltungen, die dem ernsten Charakter des Tages nicht entsprechen, verboten sind. Am Karfreitag gilt dies von 2 Uhr bis 2 Uhr des Folgetages (bisher: 0 bis 24 Uhr). Das Verbot gilt auch bisher schon für öffentliche Versammlungen, entsprechend ist das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit weiterhin eingeschränkt. Die Abstimmung im Landtag war freigegeben. Es gab unterschiedliche Positionen, die SPD-Fraktion und der Landtag insgesamt haben sich mehrheitlich dem Vorschlag unseres Abgeordneten Peter Eichstädt angeschlossen.

Zur **Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt** hat die Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit – Regionaldirektion Nord ein Pilot-Programm aufgelegt. : Ab Juni sollen in einem Gemeinschaftsprojekt noch in diesem Jahr bis zu 2.000 Frauen und Männer auf eine Einstiegsqualifizierung, eine Berufsausbildung oder



eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vorbereitet werden. Weitere Informationen:

<http://www.schleswig->

[holstein.de/DE/Landesregierung/VII/Presse/PI/2016/160118_Fluechtlinge_in_Arbeit.html](http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VII/Presse/PI/2016/160118_Fluechtlinge_in_Arbeit.html)

Zur **Situation der Pflege** gab es einen mündlichen Bericht der Landesregierung und eine Debatte im Landtag. Der Landespflegebericht gibt einen Überblick über die Situation in der Pflege: <http://www.schleswig->

[holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Service/Broschueren/Broschueren_VIII/Gesundheit/pflege_Landespflegebericht.pdf?__blob=publicationFile&v=5](http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Service/Broschueren/Broschueren_VIII/Gesundheit/pflege_Landespflegebericht.pdf?__blob=publicationFile&v=5)

Termine

„**Den Wandel aktiv gestalten! Gemeinsam für eine Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume**“ – Veranstaltung der SPD-Landtagsfraktion am 25. Januar 2016, 19.00 Uhr Restaurant Schützenhof Göhler Str. 58, Oldenburg/Holst. <http://www.spd.ltsh.de/sites/default/files/ein-160125-entw-laendl-raeume-ostholstein.pdf>

Kommunale Runde am Dienstag, 16.2., 18.30 Uhr, Plenarsaal des Landeshauses, Düsternbrooker Weg 70, Kiel; Themen: Aktuelle Lage, Innere Sicherheit, Flüchtlingspolitik: Aktueller Sachstand. Anmeldung bis 10.2. an: a.peterson@spd.ltsh.de